

## V-10 NEU Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

Antragsteller\*in: Landesvorstand, Leonie Köhler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf),  
Ankatrin Esser (KV Tempelhof-Schöneberg), Paul Meyer Dunker (KV  
Lichtenberg), Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge

1 Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

2 Jede Form von Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden.

3 Die internationale Kampagne „Boycott, Divestments, Sanctions“ (BDS) fordert einen Boykott des  
4 jüdischen und demokratischen Staates Israel, seiner Unternehmer\*innen, Wissenschaftler\*innen  
5 und Künstler\*innen. Aus ihr heraus kam es immer wieder zu eindeutig antisemitischen  
6 Vorfällen und antisemitischen Angriffen. Dies verurteilen wir aufs schärfste. Auch in Berlin  
7 gibt es Veranstaltungen der BDS-Kampagne.

8 Dass die BDS-Kampagne bewusst die Frage offen hält, wie der israelisch-palästinensische  
9 Konflikt geregelt werden soll, halten wir für politisch falsch und schädlich. Damit setzt  
10 sie sich dem Verdacht aus, den Fortbestand des Staates Israel nicht zu wollen und trägt  
11 ihrerseits dazu bei, die Zwei-Staaten-Perspektive zu untergraben.

12 Deshalb positioniert sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin im Sinne ihres Bekenntnisses zu einer  
13 offenen Gesellschaft und gegen jeden Antisemitismus klar gegen alle antisemitischen  
14 Bestrebungen der BDS-Kampagne und führen in Zukunft, nach ihren Möglichkeiten, Aufklärungs-  
15 und Bildungsarbeit durch, um die Durchsetzung der Forderungen nach Boykott, Desinvestment  
16 und Sanktionen zu verhindern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin lehnen einen Boykott Israels als  
17 Instrument deutscher und europäischer Politik ab.

18 Wir wollen mit allen Kräften in Israel und Palästina zusammenarbeiten, die sich friedlich  
19 für eine Zwei-Staaten-Regelung und einen lebensfähigen palästinensischen Staat in Gaza und  
20 der Westbank einsetzen. In der Frage des Existenzrechts und der Sicherheit Israels darf es  
21 keine Uneindeutigkeit geben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin stehen ohne Wenn und Aber zum  
22 Existenzrecht Israels als unabdingbarem Bestandteil einer Zwei-Staaten-Regelung und damit  
23 einer friedlichen gleichberechtigten Regelung des Nahostkonfliktes, entsprechend der  
24 Beschlüsse der BDK und des Bundesvorstandes.

25 Auch eine Zusammenarbeit von Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin mit der BDS-  
26 Kampagne und antisemitischen Akteur\*innen der Kampagne ist abzulehnen. Darüber hinaus  
27 fordern wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ihre Gliederungen auf nicht mit der BDS Kampagne  
28 zusammenzuarbeiten und sich inhaltlich mit ihr auseinanderzusetzen um sie entschieden  
29 zurückzudrängen. Wir erwarten von politisch tätigen Menschen in Deutschland, dass sie im  
30 Bewusstsein unserer historischen Verantwortung handeln. Man kann an der israelischen  
31 Regierung berechnete Kritik üben. In Deutschland generell israelische Waren, Künstler\*innen  
32 und Wissenschaftler\*innen zu boykottieren und den kulturellen Austausch zwischen Israelis  
33 und Deutschen abzulehnen, wird nach unserer Auffassung unserer historischen Verantwortung in  
34 keiner Weise gerecht. Wir setzen auf Partner\*innen, die gemeinsam mit uns für eine  
35 emanzipatorische und gerechte Gesellschaft streiten.

36 Angriffe auf offener Straße, Hate Speech im Netz, Bedrohungen und Hetze überall –  
37 Jüdinnen\*Juden in Deutschland wägen jeden Tag ab, ob sie offen als Jüdin\*Jude auftreten, mit  
38 Kippot das Haus verlassen oder unbesorgt eine Synagoge besuchen können. Antisemitismus ist  
39 dabei kein Vorurteil, sondern eine welterklärende Verschwörungsideologie, die alles Übel in

40 Juden\*Jüdinnen und in ihrer Vernichtung die Befreiung vom Bösen sieht. Antisemitische  
41 Einstellungen sind quer durch alle Teile der Gesellschaft zu finden und prägen den Alltag  
42 der Betroffenen – aber Antisemitismus ist nicht das Problem der Jüdinnen\*Juden, sondern geht  
43 uns alle an.

44 Eine konsequente Erfassung und Verfolgung antisemitischer Straftaten abseits der ohnehin  
45 problematischen polizeilichen ‚Politisch motivierten Kriminalitätsstatistiken‘ ist längst  
46 überfällig. Auch muss die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten zur  
47 Antisemitismusprävention sowie zur Unterstützung Betroffener verbessert werden.